

Wienerin soll 42.000 Euro Sozialleistungen betrogen und auf Jamaika gelebt haben!

Wienerin steht unter Betrugsverdacht: Sozialleistungen während Jamaika-Aufenthalte bezogen und Wohnung untervermietet.



Wien, Österreich - Eine Frau aus Wien steht im Verdacht, zwischen Juli 2018 und Januar 2024 Sozialleistungen unrechtmäßig bezogen zu haben, während sie gleichzeitig ihre Wohnung untervermietete und in Jamaika Urlaub machte. Diese Vorwürfe sind Teil eines größeren Problems in Österreich, wo Sozialleistungsbetrug in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Laut **vol.at** soll die Frau in 71 Fällen Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung erhalten haben, obwohl sie für zwei bis drei Monate im Jahr außerhalb des Landes lebte.

Während ihrer Abwesenheit vermietete sie ihre Wohnung über

Online-Plattformen und verlangte von ihren Untermietern eine Kaution in Höhe von zwei Bruttomonatsmieten. In einem extremen Fall lebten bis zu 16 Untermieter gleichzeitig in der Wohnung. Der Gesamtschaden wird auf etwa 42.000 Euro geschätzt, ein Betrag, der nicht nur die Behörden, sondern auch die Öffentlichkeit empört.

Anstieg des Sozialleistungsbetrugs in Österreich

In den letzten Jahren ist die Anzahl der gemeldeten Betrugsfälle massiv gestiegen. 2024 registrierte Österreich insgesamt 4.865 Fälle von Sozialleistungsbetrug, was einen Anstieg von 9,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet, wie [kosmo.at](https://www.kosmo.at) berichtet. Wien ist dabei der Hauptschwerpunkt mit 2.626 Anzeigen. Andere Bundesländer wie die Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich folgen mit deutlich geringeren Zahlen.

Die Zunahme der Betrugsfälle wird laut dem Innenministerium durch ein wachsendes Bewusstsein in der Bevölkerung und eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei, AMS und anderen Behörden erklärt. Diese Kooperation hat zur Aufdeckung über 25.000 Tatverdächtiger seit der Gründung der Taskforce Sozialleistungsbetrug im Jahr 2018 geführt.

Fälle und Konsequenzen

Die betroffene Wienerin ist nicht der einzige Fall, der aufgedeckt wurde. Ein anderer Vorfall betrifft einen türkischen Staatsbürger in Vorarlberg, der seit 2012 unrechtmäßig Pensionsleistungen bezogen haben soll, während er sich ebenfalls im Ausland aufhielt. Auch hier summiert sich der Gesamtschaden auf beträchtliche 18.500 Euro. Diese Vorfälle verdeutlichen, dass Sozialleistungen in Österreich nicht nur von Bedürftigen beansprucht werden, sondern auch von Betrügern, die unrechtmäßig Gelder erlangen.

Die Taskforce hat bisher über 50 verschiedene Betrugsmodi identifiziert, die in sieben Hauptkategorien eingeordnet sind. Betrugsmethoden umfassen unter anderem das Verschweigen von Auslandsaufenthalten oder falsche Angaben zum Aufenthaltsstatus. Laut dem **Bundeskriminalamt** wird Betrug durch falsche Angaben gegenüber Behörden klar kriminalisiert, und die Strafen können von Geldbußen bis hin zu Freiheitsstrafen reichen.

Die Öffentlichkeit wird ermutigt, verdächtige Fälle von Sozialleistungsbetrug zu melden, um die Integrität des Systems zu wahren und Betrüger zur Rechenschaft zu ziehen. Kontakt und weitere Informationen finden Interessierte auf den Webseiten der zuständigen Behörden.

Details	
Vorfall	Betrug
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	60500
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vol.at• www.kosmo.at• www.bundeskriminalamt.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at